

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 1.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 85 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482 Geschäftsinsrate pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 6. Januar 1905.

Verlag:
A. Schröber, Hannover, Burgstraße 9.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Burgstraße 9, I.
Druck von Dörfler & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

Das Verbandsbureau befindet sich
Burgstraße 9, 1. Etage links.

An die Bevollmächtigten und Vertrauensleute!

Die Umwechslung der Bücher empfehlen wir den Kollegen und Kolleginnen in der Weise vorzunehmen, daß die Hilfskassierer die Bücher, in denen für das Jahr 1904 der Beitrag quittiert ist, einsammeln und die neu ausgestellten Bücher beim nächsten Einkassieren der Beiträge an die Mitglieder abgeben. Beim Ausstellen der neuen Bücher wolle man sorgfältig die bisher geliebten Marken zählen und die Zahl auf der Rückseite des Titelblattes unter der Ueberschrift „Für neu ausstellende Bücher“ eintragen. Ebenso muß die Summe des zuletzt erhaltenen Unzugsgeldes und des Reisegebührens unter Angabe des Datums und die Zahl der seitdem entrichteten Beiträge eingetragen werden.

Kollegen, die ihr Buch mit der Zahlung des letzten Wochenbeitrages im Dezember vollgesteuert haben, erhalten also kein Ertragbuch, sondern ein neues **Quittungsbuch unentgeltlich.**

Die vollgesteuerten Bücher sind nicht einzusenden, wohl aber die mit den neuen Büchern gefandten auszufüllenden Zettel, welche für ein erhaltenes Buch gutgerechnet werden. Dagegen sind die alten unverkauften Bücher einzusenden.

Nach dem 1. Januar sind nur neue Bücher an eintretende Kollegen auszuhandigen.

Wir können die benötigten Bücher nicht alle auf einmal den Zahlstellen zusenden, sondern nur einen Teil, unaufgefordert senden wir die fehlenden Bücher partienweise nach. Die Kollegen, die ihre Bücher nicht mit dem 1. Januar erhalten konnten, müssen sich einige Zeit gedulden. Eine Unterbrechung in der Beitragsleistung braucht dadurch nicht zu entstehen. Die Kollegen können wohl die Marken von 2 oder 3 Wochen sich aufbewahren und nach Empfang des Buches einkleben.

Mit kollegialischem Gruß

August Brey.

Unsere Organisation im Jahre 1904.

Wieder ist das Rad der Zeit um eine Jahresziffer weitergerückt. Bei dem Klange der Silbesterkloeken haben sich sicher viele Kollegen einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr gestattet und sich die Frage vorgelegt, was wird das neue Jahr bringen? Ein Jahr der Arbeit, des Ringens und des Kampfes ist dahin! Das Ziel des Kampfes organisierter Arbeiter: Befreiung aus politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft, aus körperlicher und geistiger Not, es wurde nicht erreicht. Aber ohne Zweifel sind die Kämpfer diesem Ziele einen bedeutsamen Schritt näher gekommen. Schwer lastet die Ungunst der Verhältnisse auf den Schultern des werktätigen Volkes. Unzureichender Verdienst, als Folge davon mangelnde Ernährung, Krankheit und Siechtum, darunter leiden Scharen der Arbeiter und Tausende unserer Kollegen!

Von den Versuchen des Unternehmertums: Lohnherabsetzungen vorzunehmen, wurden viele, viele Kollegen heimgesucht. Die Löhne, kaum zum notdürftigsten Lebensunterhalt ausreichende Bezahlung, sie sollte noch einer Verminderung ausgesetzt werden, damit der Profit des Unternehmertums sich erhöhe, damit die Unternehmer in Pracht und Herrlichkeit leben und Reichtum auf Reichtum häufen konnten. Da, wo es die Verhältnisse absolut nicht gestatteten, mit der erhaltenen Bezahlung die eigenen Unterhaltungskosten, die Kosten für die Erhaltung der Familie bestreiten zu können, und wo deshalb die Kollegen Forderungen auf Lohnerhöhungen stellten, da begegneten sie in den meisten Fällen kalter Abweisung durch die Unternehmer. Wir erinnern nur an den hartnäckigen Kampf in Köslin: Hier hatten viele Kollegen Stundenlöhne, so niedrig, daß man sie nur als Hungerlöhne bezeichnen kann. Aber trotz alledem standen die Kösliner Unternehmer kalt, abweisend der Forderung auf bessere Zahlung gegenüber, und als nach fünfmonatlichem Kampfe das Gewerbegericht als Einigungs-

amt einen Vermittlungsvorschlag zustande brachte, der den im Vollbesitze ihrer Kraft und Gesundheit sich befindenden Kollegen einen Stundenlohn von 23 Pf. zusichern wollte, da lehnten die Unternehmer diesen Einigungsvorschlag ab. Was kümmert es sie, wenn Familien der Arbeiter infolge unzureichenden Lohnes verkümmern, verelenden an Geist und Körper? Was kümmert es sie, wenn Tugende von tüchtigen Arbeitern abwandern, um bessere, menschenwürdigere Zustände zu finden, als sie im Osten zu Hause sind? Die Unternehmer denken: das Heer der industriellen Reservearmee ist ja groß, es wird sich schon wieder Ersatz finden. Monatlang standen Kollegen von uns in Lübeck und Bergedorf im Kampf um die Besserung der Lebenshaltung. Auch hier war die gleiche Erscheinung, der stärkste Widerstand des Unternehmertums gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter.

So haben auch in anderen zahlreichen Orten Deutschlands unsere Kollegen in der erbittertsten Weise kämpfen müssen, um sich gegen Lohnschlechterungen zu wehren, oder aber früher erhaltene oder bessere Bezahlung sich zu erkämpfen. Wie schon angedeutet, haben wir bei diesen Kämpfen nicht immer den Sieg ersprochen, aber die Niederlagen sind an Zahl geringer als die Siege, die wir in dem dahingeschwundenen Jahre zu verzeichnen hatten. Das ist eine Folge der erstarkten Organisation. Dieser ist es auch geschuldet, daß wir im dritten und vierten Quartal eine recht lebhaftere Lohnbewegung hatten, deren Verlauf, ohne Arbeitseinstellung, zum Abschluß von Verträgen geführt.

Hat so die gestärkte Organisation uns die Möglichkeit gegeben, daß wir lange, opferreiche Kämpfe aus eigener Kraft führen konnten, hat sie uns eine größere Zahl von Siegen und ferner zahlreiche Erfolge ohne Arbeitseinstellung gebracht, ist so das Lohn Einkommen unserer Kollegen in den in Frage kommenden Fällen ein besseres geworden, so haben wir auch andererseits im verfloffenen Jahre einen Schritt getan, der unseren Kollegen noch im Laufe dieses Jahres zugute kommen wird, wenn sie krank oder arbeitslos werden. Die Gefahren der Erkrankung, die Gefahren der Arbeitslosigkeit, sie umlagern jeden Kollegen, jede Kollegin. Da ist es Pflicht, daß man sich gegen diese Gefahren sichert. Laufende unserer Kollegen in der Industrie werden von Krankheiten heimgesucht. Wohl gehören sie Krankenkassen an, aber das Krankengeld hat nie die Höhe des bis zum Eintreten der Krankheit bezogenen Lohnes. Der Kollege, die Kollegin, die während der Krankheit eine gute Pflege haben müßten, um rasch genesen, bald wieder zu Kräften kommen zu können, sie sehen sich verminderten Einnahmen gegenüber. Da ist es gut, von ganz unberechenbarem Nutzen, wenn die erkrankten Mitglieder vom Verbandsbureau einen Zuschuß erhalten! Viele werden noch vor Ablauf dieses begonnenen Jahres die wohlthuenden Folgen dieses Zuschusses am eigenen Leibe und im Haushalte verspüren können. Auch die Landarbeiter, die einem neuen Vorstoß der Agrarier zum Zwecke der Niederhaltung ihrer Lebenslage ausgesetzt sind, werden, wenn sie der Organisation sich anschließen, eine Besserung ihres Daseins im Falle der Erkrankung erfahren.

Und gar erst die Arbeitslosigkeit! Bedarf es noch irgend eines Wortes, um deren Pein zu schildern? Das ist überflüssig. Jedermann weiß, daß die Arbeitslosigkeit eines der gefürchtetsten Uebel für die Arbeiterfamilie ist. Kolleginnen und Kollegen, der Verbandstag vollbrachte eine gute Tat mit der Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung. Auch kommt diese zugute. Ihr müßt nun aber auch dafür wirken, daß sie auch Tausenden von bis jetzt noch nicht organisierten Kollegen zu Ruh und Frommen gereicht. Agitiert und organisiert unablässig in dem nun beginnenden Jahre! Eure Arbeit wird nicht unnütz sein! Dafür ist Beweis der Fortschritt, den wir im dritten Quartal des dahingegangenen Jahres zu verzeichnen haben. Unter den neuen Eindrücken der Verbandstagsbeschlüsse hatte die Organisation zehntausend Aufnahmen zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl, die im vierten Quartal 1903, einschließlich 4558 weiblicher Mitglieder, 45 535 betragen hat, ist auf 52 928 angeschwollen. Darunter hat sich die Zahl der organisierten Kolleginnen auf 5333 vermehrt. Der Aufschwung wird noch bemerkenswerter, wenn wir uns die Mitgliederziffer nach geleisteten Beiträgen ansehen: Im vierten Quartal des Jahres 1903 wurden für 38 007 Mitglieder 13 volle

Beiträge bezahlt, im dritten Quartal des Jahres 1904 sind für 46 003 Mitglieder volle 13 Beiträge geleistet worden. Das ergibt ein Mehr von rund 8000 vollen Quartalsbeiträgen. Dies Resultat wird alle die unserer Verbandsgenossen mit Freude erfüllen, die im vollen Maße ihrer Pflicht gerecht geworden sind. Gätten auch die Frauen und Frauen in derselben Weise gearbeitet, dann hätten wir einen noch größeren Aufschwung zu verzeichnen. Also an die Arbeit! Damit wir auch in diesem Jahre am Schluß sagen können:

Es geht vorwärts!

Die Notwendigkeit der Organisation.

Von S. Vogel.
(Schluß.)

Wie sieht es nun mit der befriedigenden Regelung der Arbeitslöhne in der chemischen Industrie aus? Der Durchschnittslohn ist allerdings nach den Angaben der Berufsgenossenschaft von 992,26 Mk. im Jahre 1902 auf 1002,28 Mk. im Jahre 1903 gestiegen, er betrug aber schon 1901 nach derselben Angabe 1011,10 Mark auf den Kopf des Arbeiters. Für die Arbeitgeber ist das allerdings ein „befriedigender“ Lohn, von denen 24 Gesellschaften, d. i. über 18 Prozent, über 15 Prozent Dividende verteilen und die größten sogar über 22 Prozent. Wie zuträglich die Arbeit in diesen Giftdüsten der Gesundheit der Arbeiter ist, wollen wir ein andermal untersuchen. Heute wollen wir nur noch feststellen, wie es mit dem Unfallschutz bei dieser Arbeit beschaffen ist. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist in der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie von 8425 im Jahre 1902 auf 9414 im Jahre 1903 gestiegen, die Zahl der entschuldigungsverpflichtigen von 1244 auf 1287, die der tödlichen von 95 auf 101. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist allerdings auch gestiegen, nämlich von 160 841 auf 168 950, also um etwa 5 Prozent. Die Steigerung der Unfälle beträgt aber über 10 Prozent. Dabei war die Zahl der Unfälle schon im Jahre 1902 so hoch und die in den Fabriken vorhandenen Schutzvorrichtungen so mangelhaft, daß man im folgenden Jahre eine wesentliche Verbesserung und Abnahme der Unfälle zu erwarten berechtigt war. Aber diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen. Sagen doch die Beauftragten der Berufsgenossenschaft in ihrem Berichte über das Jahr 1903 selbst: „Zu den häufiger vorkommenden Mängeln, wie sie alljährlich zu verzeichnen sind, gehören: Fehlen von Geländern an Treppen, Treppentöffnungen und Bodien, Fehlen von Respiratoren resp. Mundschwämmen, Nichtbenutzung von Schutzbrillen, Fehlen von Vorrichtungen zur Verhütung des Ausgleitens und Ausrutschens von Leitern und Stelagen, von Bekleidungen an Zahnrädern und sonstigen Rädern, Fehlen von Umwehrungen an stehenden Wellen, Abkipperung von Transmissionsen, Riemenscheiben usw. Vielfach war das Fehlen von Raderschutz an Fachwalzmaschinen zu erwähnen und das Fehlen der Sicherung des Walzenmundes an Walzwerken, sowie Sicherung der Aufgabestellen an Schneideapparaten und Sicherung an deren Ausrückvorrichtung. Die gleiche Sicherung wurde vielfach an Metallspindelziehmaschinen und deren Ausrückern vermißt. An Rührwerken aller Art fehlten häufig die Räderverdecke. Leitungsdrahte an Isolatoren wurden beschädigt gefunden, wodurch die Gefahr des Kurzschlusses entstand. An Fahrstühlen fanden sich verschiedene Mängel vor, wie ungenügender Abschluß des Schachtes und der Zugänge, mangelhafte oder fehlende Fang- oder Aufstapvorrichtung. Von Arbeitsmaschinen waren es namentlich Seifenpressen, an denen die neuerdings obligatorisch eingeführten Schutzvorrichtungen fehlten; auch die Walzwerke in Gummiabriken hatten bezüglich ihrer Sicherheitsvorrichtungen noch mehrfache Mängel.“

Wie wenig manche Unternehmer auf den Schutz des Lebens ihrer Arbeiter bedacht sind, zeigt als ein Beispiel für viele ein Bericht aus der Sektion Köln: „Ein vertikaler Knochendämpfer, dessen Plechstücke, wie sich später herausstellte, im unteren Teil von ursprünglich 15 Millimetern bis auf 2-3 Millimeter abgenutzt war, riß, während er mit Dampf von ca. 4 Atmosphären arbeitete, im untersten Schutz ab und wurde durchs Dach geschleudert. Der Fabrikmeister und drei Arbeiter, die in demselben Raume beschäftigt waren, wurden tödlich verbräht, ein flüchter Arbeiter schwer verletzt. Der Dämpfer war

zwei Tage vorher durch den Ingenieur eines Dampf-
 kesselüberwachungsvereins einer auf Drängen der Be-
 sizer schon einmal hinausgeschobenen, außerordentlichen
 inneren Besichtigung unterzogen worden, wobei die ab-
 wesenden Besitzer durch ihren Geschäftsführer, einen
 Buchhalter ohne technische Kenntnisse, vertreten waren.
 Der hierüber ins Revisionsbuch eingetragene Befund
 lautet: „Der untere Schuß ist zu erneuern und das
 Dampfpaß darauf zu einer Wasserdruckprobe zur Ver-
 sorgung zu stellen.“ In der gerichtlichen Verhandlung
 gegen den seitens des Staatsanwalts angeklagten
 Dampfkeßelrevisionsingenieur ergab sich, daß der ver-
 unglückte Meister ein Voch, das der Ingenieur bei der
 Besichtigung durch Eintreiben einer Heule mit einem
 Hammer in das Mantelblech geschlagen, durch Ein-
 ziehen einer Schraube notdürftig geschlossen, und dann den
 Dampfer wieder in Betrieb genommen hatte, um
 einen unter Konventionalstrafe zu lie-
 fernden Wagen Knochenmehl noch recht-
 zeitig fertig zu stellen. Nachdem durch Sach-
 verständige hervorgehoben war, daß das Dampfpaß
 nach der Revision, ehe die vorgeschriebene Reparatur
 ausgeführt war, keinesfalls wieder in Betrieb genommen
 werden durfte, obgleich dies nicht ausdrücklich im Re-
 visionsbefund niedergelegt war, wurde der Re-
 visionsingenieur freigesprochen. Der gleichfalls an-
 geklagte Geschäftsführer, der aus seiner Unterredung
 mit dem Ingenieur herausgehört haben wollte, das
 Dampfpaß dürfe noch 14 Tage in nicht repariertem
 Zustande weiter arbeiten, wurde auch freigesprochen,
 weil er nicht als Vertreter seiner beiden Prinzipale
 zu betrachten sei, da diese kurz nach der Revision in
 der Fabrik erschienen und sowohl von dem Einziehen
 der Schraube als auch von der Wiederinbetriebnahme
 des Dampfpaßes persönlich Kenntnis hatten. Gegen
 diese Herren selbst scheint gar keine Klage
 erhoben zu sein.

Unfälle an Dampfkeßeln, Dampfmaschinen u. wurden
 überhaupt 57 angemeldet, davon waren 11 entschädi-
 gungspflichtig, und von diesen 5 tödlich. Unfälle an
 Transmissionen wurden angemeldet 95, davon waren
 entschädigungspflichtig 31, und von diesen 9 tödlich.
 Ferner

	angemeldet	versicherungspflichtig	tödtlich
an Arbeitsmaschinen	800	193	3
an Drehmaschinen, Krähnen u.	162	25	5
bei Explosionen mit Spreng- stoffen	75	27	14
an feuergefährlichen, heißen, ägenden oder giftigen Flüssigkeiten	1569	158	25
bei Einstürzen	935	105	15
bei Auf- und Abladen	352	54	8
durch Tiere	90	15	3
bei Eisenbahnbetrieb	422	50	4
durch Handwerkszeug	536	29	—

Das waren die Unfälle in einem Jahre, die sich
 aber Jahr für Jahr wiederholen. Aber organisieren
 dürfen sich die Arbeiter beileibe nicht, denn dann
 würden, wie Herr Dr. Böttinger erklärt, die Betriebe
 der Willkür der Organisationsleiter unterworfen, und
 dies bedeutet den Ruin der Arbeitgeber!

Ein neues Fabrikarbeiter-Colorado.

Gewissermaßen als Festgabe für das ober-schlesische
 Fabrikarbeiterproletariat hat anlässlich des 200jährigen
 Bestehens des industriellen Unternehmens Georg von
 Siesfische Erben in Oberschlesien die Verleumdung
 eine Festschrift herausgegeben, in welcher Bergrat
 Bernhardt ein glänzendes Bild von der wirtschaftlichen
 und sozialen Lage des Hüttenproletariats entwirft.
 Ja, nach der Meinung des Verfassers werden die
 glänzenden Verhältnisse, in denen sich Arbeiter und
 Arbeiterinnen befinden, für manchen der Glücklichsten
 die Quelle des Unglücks. Die Leute wissen die hohen
 Löhne oft nicht vernünftig zu verwenden, treiben dann
 Kleiderluxus, verfallen dem Schnapsteufel usw. —
 Was man doch nicht alles erlebt!

Bisher mußte man nur, daß in Oberschlesien die
 schlechtesten Löhne gezahlt werden, daß die frommen
 Plusmacher eine große Vorliebe für billige weibliche
 Arbeitskraft beizubehalten und man für eine sehr angedehnte
 Arbeitszeit schwärmt. Man mußte, daß die schlechten
 Löhne und der durch den Meritismus gezielte Fal-
 schismus die Ursachen der Schnapspest und anderer sozialen
 Leiden sind. Man wird uns von dem General-
 direktor des genannten Unternehmens kund und zu
 wissen, daß die hohen Löhne schuld an solchen Erschei-
 nungen sind, und daß es geradezu gefährlich sei, die
 Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft einzuschränken.
 Der Herr Verfasser scheint Angst zu haben, die für
 den weiblichen Organismus schädliche Arbeit in den
 Zivildiensten, in der Erwerbsarbeit, bei der Kohlenpe-
 tition sowie ganz verboten werden. Das preßt ihm
 folgenden nationalen Angstschrei ab:

„Die allerdings häufig mit etwas Anstrengung
 verbundene körperliche Arbeit ist eben für die Ent-
 wicklung auch des weiblichen Körpers dienlicher als
 eine mehr sitzende Lebensweise, und wenn eine falsch
 verstandene Arbeiterfreundlichkeit erst dahin gekommen
 sein wird, alle Arbeiten, die Kräfteanstrengungen ver-
 langen, für das weibliche Geschlecht zu verbieten, dann
 wird das kommende Geschlecht unter dieser Anordnung
 zu leiden haben, und die natürliche Zunahme der Be-
 völkerung wird aufhören.“

Demnach muß man annehmen, daß die Damen
 der Besitzenden, denen bekanntlich jede anstrengende Be-
 schäftigung fehlt, eine Gefahr für das kommende Ge-
 schlecht sind, oder gilt die These des Herrn General-

direktors nur für die Töchter des Proletariats? Dann
 wäre man ja glücklich zu dem Schluß gekommen, daß
 die Menschen auch anatomisch verschieden, die Armen
 zur Arbeit, die Ausbeuter zur Faulenzerei von der Natur
 bestimmt sind.

In diesen Rahmen paßt denn auch die Meinung,
 daß hohe Löhne für den Arbeiter von Uebel sein
 können, daß es richtiger ist, wenn der schaffende Prolet-
 tariat darbt und das Kapital immer mehr Reichtum
 zusammenrafft. Herr Bernhardt meint, wenn man
 Sonntags die Arbeiterbevölkerung im Staat zur Kirche
 gehen sieht, oder wenn man die Arbeiterkinder in ihrem
 Sonntagsstaat betrachtet, dann gewinne man den Ein-
 druck, daß das ober-schlesische Fabrikproletariat keiner
 Arbeiterschaft in Deutschland nachstehe. Wörtlich heißt
 es dann weiter: „Ja, es ist sogar wahrschein-
 lich, daß hier häufig in dieser Beziehung
 des Guten zu viel getan wird.“

Die Aufgabe, die der Verfasser sich gestellt hat,
 die Lage der ober-schlesischen Arbeiter als beneidens-
 wert darzustellen, zu illustrieren, auf wie hohen
 Kulturzustand die Arbeiterschaft gehoben worden sei durch
 die Generösität der Fabrikherren — ist so unmög-
 lich, daß dem Schönschreiber eine Menge Widersprüche
 unterlaufen. So schildert er, ehe er den Kleiderluxus
 erwähnt, wie früher in Oberschlesien die Bevölkerung
 durch oft wiederkehrende Hungerepidemien dezimiert
 worden sei. Daraus zieht er folgenden Schluß: „Es
 ist wahrscheinlich, daß diese seit Jahrhunderten sich
 immer wiederholende Dezimierung und Regulierung der
 Bevölkerung viel dazu beigetragen hat, daß überlebende
 Geschlecht recht widerstandsfähig und — bedürfnis-
 los zu erhalten.“

Die Bedürfnislosigkeit ist die höchste Arbeitertugend
 nach dem Herzen der Zentrumspolitiker. In begeistertsten
 Worten pries ja der Zentrumsabgeordnete Szynala im
 Abgeordnetenhaus die ideale Tugend der Bedürfnis-
 losigkeit bei dem galizischen Arbeiter, der anders nichts
 kenne, als arbeiten — und beten. Ja, der fromme
 Herr lobte sogar, daß diese anspruchlosen Arbeiter den
 Sonntag dazu benutzen, um ihre Kleider zu flicken.
 Das Gebot der Sonntagsheiligung war damit wohl
 nicht übertreten?

Die Bedürfnislosigkeit der ober-schlesischen Arbeiter-
 schaft haben die frommen Zentrumsmagnaten trefflich
 auszunutzen verstanden. Wenn sie in den letzten Jahren
 ihrer Vorliebe für niedrige Löhne nicht in vollem Um-
 fange mehr frönen konnten, dann nur darum, weil
 die Oberschlesier glücklicherweise anfangen, ein Paar in
 der ober-schlesischen Butter zu finden und den Frommen
 davonzuliefern. Um die Flucht aus den „gesegneten“ Ge-
 silden Oberschlesiens einzudämmen, mußte man in den
 laueren Apfel heißen und die Löhne etwas anziehen
 lassen. Und nun jammert man über das Unglück, daß
 die Leute, die aus der Landwirtschaft zur Industrie
 übergehen, durch die „große Steigerung“ des Lohnes,
 durch den ungewohnten Bargeldüberschuß am Lohn-
 tag — in große Verführung der Schlemmerei geraten.
 Da erkennt man wieder das gute Herz der Wohlthäter!
 Nicht weil ihnen gereut, so hohe Löhne zahlen zu
 müssen, sondern nur weil sie befürchten, die Leute da-
 mit auf den Weg zum Höllenpfuhl zu drängen, darum
 die Sorge. — Wer's glaubt, kriegt einen Laler! Wer-
 würdig, daß die Ausbeuter nie Angst haben, durch ihren
 Reichtum den Himmel zu verfehlen. Den Segen der
 Armut predigt man wohl den Besitzlosen, man ver-
 zichtet aber darauf, durch Armut einen Wechsel auf den
 Himmel zu ziehen.

Doch sehen wir uns einmal die gepriesenen hohen
 Löhne an. Die Festschrift enthält für das genannte
 Werk Lohnangaben, die bis in den Anfang des vorigen
 Jahrhunderts zurückreichen. Die absoluten Löhne geben
 für Beurteilung der sozialen Lage der Arbeiter vor
 50—100 Jahren gar keinen Anhaltspunkt. Man weiß
 nicht, wie die Arbeitsverhältnisse waren, wie lange ge-
 arbeitet wurde, in welchem Umfange Landwirtschaft
 mit industrieller Tätigkeit verbunden war, wie die
 Lebensmit- und Wohnungspreise waren usw. Wir
 beschränken uns darum so weit, nur die Lohnsteigerung,
 die seit 30 Jahren eingetreten ist, anzuführen. Nach
 den Angaben betrug der Jahreslohn der ersten
 Schmelzer 1873 1050 Mk., 1902 1296 Mk. Die Lohn-
 steigerung beträgt demnach rund 23 Prozent in 30
 Jahren. Für zweite Schmelzer stieg in derselben Zeit
 der Lohn von 850 Mk. auf 944 Mk.; die Steigerung
 beträgt rund 11 Prozent. Die Schürer erzielten eine
 Lohnsteigerung von 900 Mk. auf 1056 Mk., gleich 17
 Prozent. Für erste Gehülften ist der Lohn von 570
 Mk. auf 1024 Mk. gestiegen, also um fast 80 Prozent.
 Von 530 Mk. auf 756 Mk. avancierte der Lohn für
 Maurer, gleich 30 Prozent. Mauerer verdienten 1873
 584 Mk., 1902 806 Mk., das ist eine Steigerung von
 36 Prozent. Schichtertinnen brachten es 1873 auf 200
 Mk., 1902 auf 300 Mk., gleich einer Steigerung von
 33 Prozent, und Ausflürzer erfreuten sich einer Lohn-
 steigerung von 432 Mk. auf 520 Mk. oder um 20
 Prozent. Für Salmeiröster werden für 1882 Löhne
 von 670 Mk. für 1902 von 768 Mk. angegeben,
 Steigerung 14 Prozent, und für Pierdelnechte stieg in
 dieser Zeit der Lohn von 450 Mk. auf 602 Mk., die
 Steigerung beträgt 34 Prozent.

Prozentual sind ja einzelne Steigerungen ziemlich
 erheblich, aber die Beterierung der Lebenshaltung in
 der angegebenen Zeit durch Steigerung der Lebens-
 mittelpreise, der Wohnungsrenten, Steuern u. dürfte
 teilweise doch erheblich höher sein. Das bestätigt
 indirekt auch der Verfasser der Festschrift, indem er
 nur von einer günstigeren Lage der Arbeiter gegenüber
 vor 50 und 100 Jahren schreibt: „Der Arbeiter ist

besser, leidet sich besser und wohnt viel besser als vor
 50 und 100 Jahren.“ Das ist übrigens lediglich eine
 Behauptung, für welche auch nicht ein Stein Beweis
 beigebracht sind. Nicht vergessen werden darf, daß
 heute die Arbeitskraft viel intensiver ausgenutzt wird
 als früher, daß der Arbeiter unter erheblich gesteigerter
 Gesundheitsgefährlichkeit zu leiden hat. Bei einem
 Pfund Fleisch in der Woche konnte der Arbeiter vor
 100 Jahren gesunder leben, als jetzt bei drei Pfund.
 Daß die soziale Lage der Arbeiter in den letzten 20 bis
 30 Jahren sich gehoben habe, wagt der Verfasser gar
 nicht mal zu behaupten, seit jener Zeit hat die
 Industrie sich aber geradezu glänzend entfaltet. Seit
 dieser Zeit haben die Unternehmer märchenhafte Ge-
 winne eingeheimst, für den Arbeiter ist die relative
 Lohnsteigerung kaum erwähnenswert. Und vielfach ist
 das Mehrerkommen nur erzielt worden durch Ver-
 längerung der Arbeitszeit und durch erhöhte An-
 spannung. Gerade in den letzten Jahrzehnten ist die
 Produktivität ganz enorm gestiegen; die auf den Kopf
 der Beschäftigten entfallende Produktmenge ist heute
 eine vielfachere gegen früher. Selbst wo technische
 Neuerungen die erhöhte Produktivität veranlassen, sind
 auch die Ansprüche an den einzelnen Arbeiter ganz
 gewaltig gestiegen. Vielfach ist die Produktionssteigerung
 aber auch lediglich auf rücksichtslose Handhabung der
 Akkordschere und zügellose Antreiberei zurückzuführen.
 Auf jeden Fall haben die Arbeiter doch einen Anspruch
 darauf, an der gesteigerten Produktivität Anteil zu
 nehmen, sie haben ein Recht darauf, nicht nur an der
 höheren Kultur mitzuarbeiten, sondern auch von dieser
 mit zu genießen. Das ist ihnen bisher verweigert
 worden.

Um das zu beweisen, braucht man nur auf die
 „horrenden“ Löhne im Jahre 1902 hinzuweisen. Will
 man vielleicht behaupten, eine Arbeiterin könne mit
 einem täglichen Einkommen von 82 Pf. mehr als das
 nackte Leben fristen? Und wie steht es mit den Ar-
 beitern? Die pro Tag zur Verfügung stehende Lohn-
 summe beträgt bei 1. Schmelzern 3,55 Mk., bei
 2. Schmelzern 2,58 Mk., bei Schürern 2,88 Mk.,
 bei 1. Gehülften 2,80 Mk., bei 2. Gehülften 1,97 Mk.,
 bei Schlackenhauern 2,15 Mk., bei Salmeiröstern 2,10
 Mk., bei Maurern 2,07 Mk., bei Muffelmachern
 2,21 Mk., bei Pierdelnechten 1,65 Mk., bei Aus-
 flürzern 1,42 Mk.

Das sind die Glanzlöhne ober-schlesischer Hütten-
 arbeiter! Es gehört tatsächlich viel Mut dazu, ange-
 sichts solcher „Miesenverdienste“ in einem dichtbevölkerten
 Industriebezirk, wo bekanntlich die Befriedigung der
 Lebensbedürfnisse immer recht kostspielig ist, von sozialen
 Schäden durch hohe Löhne zu fabeln.

Die Festschrift ist wieder mal ein Beweis dafür,
 wie man ungeniert von den nackten, brutalen Tat-
 sachen verführt, die öffentliche Meinung irre zu führen.
 Man baut potentiellische Dörfer, indem man die ver-
 ringerte Kaufkraft des Geldes ignoriert, daß einige
 schmückende Behauptungen aufstellt. Keinem National-
 ökonomen ist die Kenntnis verschlossen, daß die sozialen
 Schäden, Trunksucht, Verbrechen usw., überwiegend
 ihre Ursachen in der Unterernährung haben, und wer
 gegen die sozialen Schäden ernsthaft ankämpfen will,
 für Hebung der sozialen Lage der Bevölkerung einzu-
 treten hat. Und jeder Nationalökonom und Mediziner
 weiß auch, daß der Ernährungsstatus keine bestimmte,
 unveränderliche Größe ist. Bei gleichbleibender Er-
 nährung kann das Minimum überschritten werden,
 wenn eine Steigerung der Arbeitskraftausgabe er-
 folgt. Die Qualität der Ernährung muß in demselben
 Grade steigen, wie die Arbeitskraft mehr ausgenutzt
 wird. Mit den erhöhten Anforderungen an die Ar-
 beitsleistung hat die Qualitätsverbesserung in der Er-
 nährung aber nicht Schritt gehalten, darum ist tat-
 sächlich vielfach eine Verschlechterung derselben ein-
 getreten.

Soziale Gefahren bestehen, aber nicht wegen zu
 hohen Lohnes, sondern wegen zu geringen Einkommens
 wegen der maßlosen Ausbeutung der Arbeitskraft.
 Der schönfärbische Mache, wie sie in der ange-
 zogenen Festschrift wieder zutage tritt, die zweifellos
 auch darauf hinwirken soll, von dem Gedanken gesetz-
 geberischer Maßnahmen gegen die Plünderfreiheit ab-
 zubringen, hat die Arbeiterschaft die entschiedene For-
 derung erhöhten Schutzes entgegenzustellen. Der
 modernen Sklaverei, wie sie sich unter der Herrschaft
 des Fabrikfeudalismus ausgewachsen hat, muß Einhalt
 geboten werden. Gerade der Fabrikarbeiter und die
 Fabrikarbeiterin sind den modernen Sklavenhaltern
 am schutzlosesten preisgegeben. Sollen daraus sich nicht
 immer größere soziale Schäden entwickeln, dann muß
 Remedur geschaffen werden. Die Vorbedingung dazu
 ist die Organisation. Es wäre verkehrt, sich mit
 Protesten gegen schamlose Ausbeutung und Unter-
 drückung zu begnügen; aber Proteste gegen die Herr-
 schaften von Bildung und Besitz gehen diese zur
 Tagesordnung über. Nur wenn die Arbeiter zeigen,
 daß sie nicht nur mit Worten sondern auch mit Taten
 zu kämpfen gewillt sind, daß sie bereit sind, Opfer zu
 bringen, dann wird man auf sie hören. Nicht mit
 Bitten, nur durch Kampf, entschiedenen, hartnäckigen
 Kampf wird das Fabrikproletariat seine Lage ver-
 bessern!

Beim Lesen der Festschrift, bei Betrachtung der
 elenden Löhne kann man sich des Eindrucks nicht
 erwehren, daß das Kapital sich auf den Grundfuß
 verleiht: Die Arbeitskraft ist immer geplündert worden,
 es muß darum weiter geplündert werden. Das
 Kapital reklamiert ein Gewohnheitsrecht in dem Raub
 an der Arbeitskraft! — So kann auch der Ge-

wohnheitsdies argumentieren: Ich habe seit der frühesten Jugend gestohlen, das Recht auf Diebstahl lasse ich mir nicht nehmen. — Gegen solche Moral hat die moderne Arbeiterbewegung alle Kräfte aufzubieten, den Gewohnheitsräubern muß das Handwerk gelegt werden.

„Tausendfach wurde in diesen Tagen gesungen: „Friede auf Erden! — Für den Proletarier ist das heuchlerische Gerede und Klug. Die Klassenherrschaft hat den Frieden von seiner Schwelle geholt, für den Proletarier gibt es nicht eher Frieden, bis er die Klassenherrschaft gebrochen hat, dann gibt es für alle Menschen ein — Wohlgefallen! D.

Soziale Rundschau.

— **Pasener Spiritfabrik.** In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre wurde nach längerer Besprechung durch den Direktor Stern der Antrag auf Errichtung einer Interessengemeinschaft mit der Bank für Spirit und Produkthandel ohne Widerspruch angenommen und die Dividende auf 16 Prozent festgelegt.

Eine solche Dividende läßt sich hören. 16 Prozent! Das nährt doch noch einen fleißigen Aktionär, schlägt ihn vor Hunger und Entbehrung. Die Löhne der dort schuftenden Kollegen sind so splendide nicht, dafür sparen sie aber auch die Beiträge für die Organisation. Daß ihnen die aus Indifferentismus ersparten 30 Pfennige mehr als fünffach am Lohn abgehalten werden, darüber hat man in unseren Kollegenkreisen in Pasen noch nicht nachgedacht. Hoffentlich tagt es auch noch einmal dort, und die in der Spiritfabrik, in der chemischen Fabrik und in den vielen Ziegeleien beschäftigten Leidensgenossen befinden sich auf ihre Menschenpflicht und organisieren sich.

— **Eine abermalige Preiserhöhung für Gummwaren,** die dritte in wenigen Jahren, steht in Aussicht. Eine jüngst in Berlin stattgehabte Versammlung von deutschen Gummifabrikanten beschloß die Einsetzung von Kommissionen, die die Grundlagen für eine Aufbesserung der Verkaufspreise ausarbeiten sollen. Wie bekannt wird, hat inzwischen die eine dieser Kommissionen beschlossen, an sämtliche deutschen Gummifabrikanten Anfragen zu richten, wie sie sich zu einer 10prozentigen Preiserhöhung stellen. Von den circa 80 deutschen Fabriken hat bisher ungefähr die Hälfte sich mit einer derartigen Preiserhöhung einverstanden erklärt. Von den übrigen Fabriken stehen die Antworten noch aus. Sollte über diese Frage ein Einverständnis erzielt werden, so will man alsdann an die Festsetzung von Minimalpreisen für bestimmte Artikel gehen. Erwähnt sei noch, daß die Berliner Versammlung, die sich für die Einsetzung von Kommissionen entschied, von 30 Fabriken, unter denen sich die Mehrzahl der großen Unternehmungen befand, beschickt war. Das ist eine verhältnismäßig hohe Beteiligungsziffer. So sieht man, wie die Industriellen in der Gummwarenindustrie lebhaften Anteil an der Gestaltung ihrer Verkaufspreise nehmen und durch Preissteigerung die Wirkungen der freien Konkurrenz ausschalten wollen. Wenn aber die Arbeiter sich organisieren, dann sieht man das entweder mit scheelen Augen an, oder man geht offen zu Angriffen und zu Zerplitterungsversuchen durch Gründung von Arbeitervereinen über wie in Harburg. Das ist — Gummimoral.

— **Handfleischkonsum.** Aus der Veröffentlichung über die Zahl der im dritten Quartal 1904 beschauten Schlachttiere ergibt sich, daß die Fleischbeschau auch an 762 Hundstücken vorgenommen wurde. Das heißt, soviel Hundfleisch ist von der ärmsten Bevölkerung gegessen worden. Es ist äußerst beachtenswert, daß hauptsächlich in zwei Gegenden, nämlich in der Provinz Schlesien und im Königreich Sachsen, die Hundeschlachtungen am häufigsten vorkommen. Im Königreich Sachsen unterlagen 311, in Schlesien 203 Hundstücken der Fleischbeschau. Dann folgen Bayern mit 138, Württemberg mit 34 und Anhalt mit 25 Hundstücken. Da nach dem Fleischbeschaugesetz die sogenannten Hauschlachtungen von der Untersuchung befreit sind, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in der Liste der beschauten Schlachttiere für das dritte Vierteljahr 1904 nur ein ganz geringer Prozentsatz der Hunde zum Vorschein kommt, die zur Fleischnahrung verwendet wurden. Der Handfleischkonsum muß schon einen gewissen Umfang angenommen haben, der Vertrieb von Hundfleisch muß gewerbsmäßig vor sich gehen, ehe die Hundeschlachtungen in der Fleischbeschau zum Ausdruck gelangen.

Vom sozialen Kampfplatze.

— **Der Streit auf der Mitteldeutschen Gummifabrik in Frankfurt a. M. ist noch nicht beendet.**

— **In der Drehtisch-Fabrik von A. Wohlsberg zu Hannover** legten 45 Former und Gießerei-Arbeiter die Arbeit nieder. Bei der Firma herrschten schon seit Jahresfrist Differenzen. In den letzten Wochen verlor die Firma den Formern die Ansehen für Schmelzen und Ausbessern der ohne Schuld der Former schadhafte Substanz vom Lohn abzuziehen. Das mehrmalige Vorstelligwerden der Arbeiter hatte keinen Erfolg, im Gegenteil, der Leiter des Werkes wies der Kommission kurzerhand die Tür. Um Fernhaltung des Zuganges wird ersucht.

— **In Färth** besetzen auf der Richorisenfabrik von Julius Feistmann Zustände, die von den dort be-

schäftigten Kollegen und Kolleginnen nicht mit Borna empfunden werden. Der Arbeiterstamm besteht aus 63 Personen, davon sind 40 weiblichen und 13 männlichen Geschlechtes. Also nahezu 80 Prozent der Beschäftigten sind Arbeiterinnen. Das Verhältnis läßt schon einen Schluß auf die Bezahlung zu. Denn in Betrieben, wo die Zahl der beschäftigten weiblichen Personen überwiegt, ist die Bezahlung immer gering. Das wird so bleiben, bis durch den Einfluß der Organisation die Forderung: Für gleiche Leistung den gleichen Lohn erwirkt sein wird. Höchstlohn-erhalten 2 männliche Kollegen, er ist 21,85 Mk. Der Mindestlohn der männlichen Kollegen ist 16,81 Mk. Da Färth eine der teuersten Städte ist, so erscheint diese Bezahlung sehr gering. In diesem Jahre sind aber noch, veranlaßt durch den trockenen Sommer, Teuerungserhältnisse eingetreten. Die Preise für Kartoffeln, Milch, Hülsenfrüchte sind im Preise gestiegen. Trotz alledem glaubt der Herr Fabrikhaber, die Arbeiter könnten bei der Bezahlung noch sparen. Da das ohne Beeinträchtigung der Ernährung schlechterdings unmöglich ist, so hilft der Herr durch einen gelinde ausgeübten Sparzwang etwas nach. Das wird so gemacht: Jeder Arbeiter erhält ein Sparbuch, darin werden jährlich 44,60 Mk. eingetragen. Die Verwaltung hat der Herr Chef, die Arbeiter erhalten die Zinsen. Die Abhebung des Geldes unterliegt nicht der freien Entscheidung der Arbeiter, sondern nur in außerordentlichen Fällen, oder mit Zurücklegung des 65. Lebensjahres können die Arbeiter das Geld heben. Außerdem erhalten zwei Arbeiter 22 Mk. Mietbeitrag und 10 Zentner Kohlen, die übrigen 10 Mark Zinsbeitrag und 5 Zentner Kohlen. Alle diese Zulagen sind in die Löhne mit eingerechnet, so daß die Beträge, welchen bar ausbezahlt werden, 15,48 Mk. und 17,81 Mk. betragen. Eine solche Bezahlung kann man ohne Uebertreibung als unzureichenden Wochenlohn bezeichnen. In welcher Zeit wird nun dieser Lohn verdient? Die Arbeitszeit beträgt für diejenigen, welche diese Löhne erhalten, 71 Stunden die Woche. Das ergibt einen Stundenlohn von 22—26 Pf., wohlverstanden nach oben abgerundet. Diese Bezahlung erhalten Kollegen, die an der Mühle, den Brennöfen und in der Dampferlei stehen, also recht ungesunde Arbeit zu verrichten haben! Die Arbeiter fordern nun Verkürzung der Arbeitszeit auf 60 Stunden, Erhöhung der Löhne um 20 Prozent, Abschaffung des Prämienystems. Die angefertigte Ware ist notwendig zur Herstellung des Kollas der Arbeiter. Unter diesen und in den Konsumvereinen kommt sie zum Verschleiß. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes und des ferneren, daß die Forderungen an sich nur zu berechtigt sind, wird Herr Feistmann keine Schwierigkeiten machen und den Wünschen seiner Arbeiter entgegen kommen. Mindestens hat man Entgegenkommen von einem humanen Arbeitgeber zu erwarten.

— **In Schenkitz** haben die Kolleginnen, welche auf der Wehler Papierfabrik beschäftigt sind, mit dem Inhaber der Fabrik über eine Anzahl von Forderungen verhandelt. Das Ergebnis war, daß die Forderungen im wesentlichen ausgedrückt worden sind. Gestellte Forderungen: 1. Für Sortieren der Papierpäne ist zu zahlen:

1. Sorte	1,00 Mk., früher 95 Pf.
2	0,85 80 .
3	0,75 60 .
Halbweiß	0,60 40 .
Grün	0,40 35 .

Die Forderung versteht sich pro 4 Rörbe. Der geforderte Preis wird ab 1. Januar bezahlt. Aus der Sorte „Halbweiß“ werden ferner zwei Qualitäten gemacht, und ist bis jetzt die bessere Sorte als 4. Sorte bezahlt worden, wird aber jetzt als 3. Sorte bezahlt.

2. Bunte Papier, welches früher als 4. Sorte bezahlt wurde, wird jetzt als 3. Sorte bezahlt.

3. Genauere Auszahlung der gelieferten Sorten. Diese Forderung soll durch Auflegung von Kontrollbüchern, in welche die Vorarbeiter die Anzahl der zu liefernden Rörbe einzutragen haben, ihre Regelung finden.

4. Erhöhung des Stundenlohnes für Frauen, Mädchen und Arbeiterinnen über 16 Jahre von 10 auf 15 Pf.

Hierzu hat der Chef erklärt, daß ab 1. Januar 1906 eine Erhöhung des Stundenlohnes eintreten soll, und zwar soll die Kommission gleich nach dem 1. Januar nochmals vorstellig werden und die Höhe der Zulage soll dann bekannt gegeben werden. Die Nachfrage hat der Chef der Kommission zur Pflicht gemacht.

5. Bezahlung des Strohschneidens in Stundenlohn zu 15 Pf. die Stunde. Bislang ist für Strohschneiden, ob dasselbe 1/2 oder 2 Stunden gedauert hat, 10 Pf. bezahlt.

Soll ein Stundenlohn bezahlt werden mit dem zu erwartenden Zuschuß.

6. Abschaffung der Akkordarbeit beim Pappnenwalzen, dafür 15 Pf. Stundenlohn oder genaue Aufklärung über die Akkordberechnung.

Soll die Akkordarbeit abgeschafft und dafür Stundenlohn eingeführt werden.

7. Das Hochziehen der Lampen z. zum Sortieren ist in Stundenlohn zu 15 Pf. zu bezahlen. Bleibt beim Akkord, jedoch soll es dafür ab 1. Jan. für die Dauer des Hochziehens eine Zulage geben.

8. Abschaffung der Nacharbeit für jugendliche Arbeiter. Hieran ist der Chef gar nicht zurückgekommen. Es sind sogar 15jährige Jungen zur Nacharbeit herangezogen worden, und dürfte es sich wohl empfehlen, die Abhilfe dieses Zustandes durch die am Orte bestehende Beschwerdekommision herbeizuführen.

9. Zurücknahme des Verlangens Austritt aus der Organisation.

Ist gegenstandslos geworden. Nachdem der Chef den Frauen vorgeschlagen hatte, selbst eine derartige Unterstützungsgesellschaft zu gründen, und diese ihm gesagt, daß sie darauf verzichten, da ihnen der Verband alle Vorteile böte, sagte er: „Gut, was ihr außerhalb der Fabrik macht, kann mir egal sein. Ich hätte zwar erwartet, daß ihr vernünftig wäret und nicht in so einen Verein ginget, aber wenn ihr nicht wollt, kann ich euch nicht helfen, da macht's, wie ihr wollt.“

10. Bessere Behandlung seitens der Vorgesetzten. Ist zugelegt. Die Strafen sollen 25 Pf. nicht übersteigen. Wenn die Frauen glauben, unzureichende Löhne, nicht richtigen Lohn bekommen oder schlechte Behandlung erfahren zu haben, so sollen sie unter allen Umständen zum Chef selbst kommen.

Beschwerden noch schwebende Fälle betr. Befristung werden unterlegt.

10. Mahregelungen bzw. Entlassungen aus Anlaß dieser Forderungen dürfen nicht erfolgen.

Der Chef meinte, es würde niemand entlassen, sei froh, daß er eingerichtete Leute habe, und erwarte nun, daß jede ihre Pflicht tut.

Polizeiliches und Gerichtliches.

— **In Ferienwalde a. d. Ober** befindet sich eine hoch wohlthätige Polizei auf dem Kriegsfuß gegen unsern Nachbar. Unsere dortigen Kollegen haben das aller höchste Mißfallen der Polizei besonders dadurch erregt, daß sie ihre geschlossenen Festlichkeiten allein feiern wollten ohne polizeiliche Ueberwachung. Die zur Ueberwachung einer harmlosen Unterhaltung mit nachfolgendem Tanz beauftragten Beamten wurden nicht in den Saal gelassen. Die Inanspruchnahme des Saalbesitzers, daß dieser der Polizei Zutritt zur Vereinsfestlichkeit verschaffen sollte, nützte nichts, denn dieser hatte das Hausrecht durch das Vermieten des Saales an den Festleiter abgetreten. Darum prasselt der Horn der Polizei auch auf das Haupt des Wirtes. Man hat ihm durch Schreibebrief angelündigt, daß er in Zukunft auf die Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten nicht mehr zu rechnen habe. Unserer Jagdstelle ist die Aufforderung zugegangen, sie solle, weil sie politisch sei, die drei weiblichen Mitglieder ausschließen. Im Weierornungsfall ist ihr die polizeiliche Schließung in Aussicht gestellt. Recht schwer sind die Gründe, die zur Politischerklärung geführt haben: Teilnahme an dem Hamburger Parteitag! Damit war unser Verbandstag gemeint. So etwas muß mindestens durch Schließung der Organisation gerochen werden, sonst könnte der Staat ins Wackeln geraten.

Korrespondenzen.

Ehrenfeld. Städtische Betriebe als Musteranstalten. Am 20. Dezember wurden in den hiesigen städtischen Betrieben, Gaswerken usw. die Vertreterwahlen zur Arbeiterklasse vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit diente ein Papierkorb als Wahlurne. Nicht genug damit, sind auch von etlichen Wählern noch Stimmzettel ausgegeben worden mit den Namen der ihnen genehmen Kandidaten. Verschiedene Mittel sind aus der Urne herausgenommen und gelesen worden. Vor zwei Jahren haben die Arbeiter sogar gefaltete Stimmzettel in die Hand gedrückt bekommen und mußten sie ungelassen abgeben. Es ist anzunehmen, daß es sich nur um Uebergriffe untergeordneter Organe handelt und der Direktion von diesen Mängeln nichts bekannt gewesen ist. Sie möge aber Vorkehrungen treffen, daß Dinge, die die berechtigte Entrüstung der Arbeiter hervorgerufen haben, nicht noch einmal geschehen. Die Arbeiter auch bei wirtschaftlicher Abhängigkeit als Bürger zu achten und ihnen volle Selbstbestimmung in Massenverwaltungen und dergleichen zu gewähren, sollte sich gerade im städtischen Betrieb angelegen sein lassen. Die Arbeiter des Gaswerks klagen weiter über die fehlerhafte Beschaffenheit der neuen Badearrichtung. Das Duschbad etwa, das zuerst badet, braucht nicht zu klagen, später aber wird das Wasser eifrig kalt, und die Folgen sind bei den meist nach geschwimmenen Bädern. Aufschneidend reich der Warmwasservorrat bei weitem nicht aus. Noch ein drittes ist zu rügen, die rigorose Behandlung erkrankter Arbeiter. Ist ein Hauskranker nach kurzer Frist nicht wieder hergestellt, so kommt es sehr oft vor, daß ihn mit Spitalüberweisung gedroht wird. Die Folge einer derartigen Härte ist in der Regel, daß sich um das lieben Geldes willen die Erkrankten früher gesund melden, als ihnen zuträglich ist. Wenn sie ins Krankenhaus kommen, bleibt eben nach Abzug des Krankengeldes für die Familie fast gar nichts übrig.

Erforderliche. Demunitionsbrief eines Arbeiters. Einem hiesigen Arbeitgeber ging dieser Tage nachstehender Brief zu:

Ich setze Sie hierdurch in Kenntnis, daß sich in Ihrem Betriebe zwei Sozialdemokraten eingeschlichen haben: 1. P. Müller, 2. Joh. Siewel, welche auch dem Verbands der Fabrik, Land-, Hülsenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands angehören, und bitte Sie, gegen die beiden vorzugehen. Achtungsvoll August Kieck, Hohenleipisch.

Die Erfüllung der Bitte dieses sauberen Arbeiters wurde vom Arbeitgeber dankend abgelehnt. Das traurige Vorkommnis ist Beleg dafür, was es doch noch für unwillkürliche Folgen gibt, die in tödlicher Verblendung, vielleicht in der Hoffnung, die Entlassung der genannten Kollegen zu erwirken und eine von ihnen Stellen einzunehmen, solch schmachvolles Stillschicken vollbringen.

Frankenthal. Die Aktionäre der Zuckerfabrik Frankenthal gaben sich am 16. Dezember hier ein Stelldichein. Galt es doch den Arbeitsertrag, nicht den der Aktionäre, sondern der Arbeiter zu verteilen. Recht rentabel war die Arbeit gewesen. Gestattet sie doch die Ausschüttung einer Dividende von 30 Prozent = 300 Mark pro Aktie. Dem Dispositionsfonds wurden 100 000 Mark überwiesen. Bei solchen Ergebnissen muß man ja wohl auch anstandslos der Arbeiter danken, und daher wurden auch 50 000 Mark dem Arbeiterunterstützungsfonds überwiesen. Die Arbeiter würden gemiß auf diese „Wohltat“ pfeifen, wenn sie eine bessere Lohnzahlung hätten.

Greßmühl. In der hiesigen Malsfabrik wurde mehrere Jahre vor morgens 5 Uhr bis abends 7 Uhr gearbeitet. Diese lange Arbeitszeit wurde durch 2 1/2 Stunden Pausen unterbrochen. Malsmeister und Vorarbeiter tun ihr möglichstes im Anstreben der Arbeiter. Die Löhne beziffern sich auf 12—15 Mark, wer die Kampagne mit durchgemacht bekommt für jede Woche eine Mark extra am Schlusse der Kampagne ausbezahlt. Es sind aber nur wenige, die diese Vergütung erhalten, denn der Betrieb gleicht einem Laubenschlag und die Zahl derer, welche die Kampagne nicht anhalten, ist groß. Bief doch im verflohenen Jahre ein halbes Duzend an einem Tage davon. Rasch kam die Fabrikleitung und gab eine Gratifikation an die Arbeiter, welche den Fabrikstabs noch nicht von den Kartoffeln geschüttelt hatten. Bei Beginn der diesjährigen Kampagne wurden Leute im Amtsblatt gesucht und ihnen in diesem und auch mittels Anshanges in der Arbeitsstunde ein Geschenk von 10 Mark versprochen. Aber wie wurde das Versprechen ausbezahlt? Die Arbeiter, welche noch im Frühjahr ausgehalten hatten und im Herbst wieder anfangen, erhielten die 10 Mark aber die anderen, die bei Beginn der Kampagne neu eingestellt wurden, erhielten nichts. Sie hatten das Nachsehen! An Schimpfworten wird auf diesem Betreibe auch mancherlei geleistet. Bevor die beschäftigten Kollegen sich aber nicht organisieren, wird eine Besserung nicht eintreten.

Hamburg. Die erste Versammlung am 9. Dezember der neu errichteten Gesamtarbeiter Hamburg wurde von Sewitz

mit einigen passenden Begründungsworten eröffnet. Er gab dann kurz Bericht über die beschafften Neuerrichtungen, Bureau etc. Eine genaue Kostenaufrechnung konnte noch nicht gegeben werden; diese erfolgt in der Januar-Versammlung. Aber es konnte doch soviel als feststehend mitgeteilt werden, daß die Verwaltung mit dem f. B. bewilligten Gelde auskommen würde. — Der Bericht vom Gewerkschaftsleiter, welcher von Seite gegeben wurde, rief keine sachliche, wohl aber eine persönliche Debatte hervor. Es wurde von H. getadelt, daß in den letzten drei Kartellversammlungen 4 bzw. 5 Delegierte am Plage gewesen, während 11 Delegierte gewählt sind. — Zur Maßregelung mehrerer Mitglieder war dann Stellung zu nehmen. Am 5. November wurde Frau Brandmann bei der Kaffeestunde Gebr. Knaut, Holländischer Brook 20, entlassen, wo sie laut Entlassungschein seit 1896 gearbeitet hat. Eingiger Grund zur Unzufriedenheit war, daß sie etwas viel spricht. Die Kollegin hat bei den Arbeitern dieses Betriebes für Partei und Gewerkschaft gewirkt; sie wird von der Versammlung als gemäßigter anerkannt. — In den Abseß- und Gummimengen, Dorotheenstr. 4/24, hatten die Arbeiter in dem Pneumatik-Saale eine Eingabe an die Direktion gerichtet, in der sie um eine gerechtere und übersichtlichere Verteilung des Affordbelages höflich ersuchten. Die Arbeiter müssen dort nicht nur das Gehalt für einen Schreiber direkt ausbringen, sondern auch noch für einen Herrn, dessen Namen die Direktion nicht angibt, einen Anteil abgeben. Die Folge dieser Aktion war die Entlassung des Kollegen Martens und eines im Metallarbeiter-Verbande organisierten Arbeiters. Modra, welcher durch Betriebsversammlungen die Arbeiter der Gewerkschaft zuzuführen bemüht war, wurde gleichfalls kurzerhand entlassen. Auch diese Kollegen wurden einstimmig als gemäßigter anerkannt. Nun wurde über ein für die ganze Zählstelle zu arrangierendes Sommerfest verhandelt und beschlossen, welches im „Alten Schützenhof“ in Harmsdorf abgehalten. Die Abmachung der ehemaligen Zählstelle Harmsdorf mit dem Wirt soll weiter haben. Die Zählstelle, welche bereits für nächsten Sommer fest abgeschlossen haben, sollen diese noch abhalten; neue Vergütungsabstufungen sollen die Distrikte aber mit Umgehung des Verwaltungsbüros. Mitgliederversammlungen nicht eingehen, sondern als sie selbst für ein etwaiges Defizit aufkommen müssen. Auf der Tagesordnung der nächsten Versammlung soll die Arbeitszeitfrage der Zählstellen gestellt werden; auch soll der regelmäßige Versammlungstag und das Lokal dann bestimmt werden.

Freidreheim. Dank der erfrischenden Bemühungen des Kollegen Böner aus Gannstatt, der im Laufe des Jahres mehrere Male hierher kam, ist es endlich gelungen, die Arbeiter Heidenheims, wenn auch noch leider in einem kleinen Prozentsatz, von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Nach einigen stützgeordneten Versammlungen konnte am 20. November 1904 zur festen Konstituierung der hiesigen Zählstelle geschritten werden. Am 18. Dezember wurde eine sehr gut besuchte Versammlung abgehalten. Die Kollegen waren zahlreich erschienen und bekundeten durch rege Teilnahme an der Debatte über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen ihr Interesse an unserer Sache. Der Kollege Schüringer hielt einen sehr interessanten Vortrag über die französischen Kolonien, wobei ihm reichlicher Beifall zuteil wurde. Wenn die Entwässerung unserer Zählstelle in dem feitherigen Tempo vorwärts schreitet, dann sind wir zufrieden.

Kempten. Zwei Versammlungen, an denen nur das Personal der Papierfabrik Dage teilnahm, beschäftigten sich mit den Zuständen in der Papierfabrik. In beiden Versammlungen hatte der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins das Referat übernommen. Redner verhandelt es, den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation behäuflich Veranschaulichung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überzeugend darzulegen, wies kurz auf die Schwierigkeiten des Verbandes hin, führte mehrere Beispiele an, wie es durch die Organisation den Arbeitern gelungen sei, da und dort beachtenswerte Vorteile für sich zu erringen, und kam zu dem Schlusse, daß der Arbeiter seine Arbeitkraft möglichst teuer an den Mann zu bringen suchen müsse, was nur durch den Zusammenschluß im Verbandswege möglich sei, denn jeder habe es wohl schon erfahren, daß der einzelne nichts auszurichten vermag. Diese Ausführungen wurden von den Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. In der Diskussion mündete sich der Betriebsleiter der Fabrik, Schilling, zum Wort. Der Herr gestiel sich darin, das rote Weipens recht abfärschend an die Hand zu legen. Er sprach von verschiedenen Schritten und Zeitungen und regte sich besonders auch über den Artikel über die Papierfabrik Dage auf. Natürlich führte er auch die mit Arbeitergeldern gefüllte Parteikasse und die jauchzenden, auf Kosten der Massen lebenden Agitatoren ins Treffen. In einer Papierfabrik, so meinte er, könne die Organisation auch in 30 und 40 Jahren noch nichts machen, denn die besseren Arbeiter, wie die Maschinenführer, die die Seele des Betriebes sind, würden sich nicht anschließen. Der Vorsitzende antwortete in der Papierfabrik, so führte der Betriebsleiter weiter aus, der vor 12 Jahren noch 1,80 Mk. getragen habe, siehe heute auf 2,35 Mk. Ein brauner Arbeiter wies also immer noch sein Brot verdienen. Im übrigen, so bemerkte Herr Schilling zum Schlusse, werde er keinem Arbeiter wegen der Organisation etwas in den Weg legen, denn er sei ein liberaler Mann. Der Referent blieb natürlich dem Herrn Betriebsleiter die Antwort nicht schuldig. Dringend legte er den Anwesenden nochmals ans Herz, daß nur eine feste Organisation des Gläub und die Kollektors Professoriate zu hindern und zu befechtigen vermag. In Kempten und Umgegend sind bereits 500 Arbeiter organisiert. Mögen auch die Arbeiter der Papierfabrik ihren Mann stellen und ohne Ausnahme sich dem Verbandswege anschließen! Die Saat ist ausgesät und anstehend auch auf guten Boden gefallen.

Konstanz. Am Sonntag, den 17. Dezember, tagte im „Schöner zum Bodan“ eine öffentliche gut besuchte Fabrikarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Böner aus Gannstatt über: „Die Vorteile der Gewerkschaften-Unterstützung im Verbandswege“ referierte. Der Redner teilte mit, daß auf dem letzten Verbandstag hauptsächlich die Frage erörtert wurde, wie weit es sei, die Mitglieder im Krankheitsfalle zu unterstützen, da die von der gesetzlichen Krankenkasse bezahlte Unterstützung nicht hinreichte, das allernotwendigste zu bestreiten. So kamen die Delegierten des Verbandstages zu dem Beschluß, für die Mitglieder unseres Verbandes eine Gewerkschaften-Unterstützung einzuführen. Kollege Böner gab noch bekannt, daß die Einführung des Unterstützungswesens die Mitgliederzahl bedeutend steigern sei, trotzdem die Unterstützung erst vom 1. Oktober 1905 ab in Kraft tritt. Auch unsere Zählstelle habe nach dem Sonntag des Kollegen Böner einige Erfahrungen zu verzeichnen, und hoffen wir, in nächster Zeit auch weitere Fortschritte zu machen.

Landesberg a. d. Weite. Die allgemeinen Zustände der Fabrikarbeiter-Verbande, Abhängigkeit sind für die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht die besten. Natürlich läßt sich die Bezahlung nicht zu wünschen übrig. Es geben Weber von 15 bis 20 Mk., Weberinnen sogar mit 5 auch 7 Mk. die Woche nach Hause. Hier hätten die Herren Direktoren besseren Warten, Selbsterhaltung zu reformieren, Verbesserungen vor ihnen zu gestalten. Aber die Herren betätigen ihre Kenntnisse in anderer Weise. Die da beschäftigten Kolleginnen und Kollegen mühten zwischen Beihandeln und Kenzeln auslegen, weil es der Lampenmaschine eine Reparatur vorzunehmen war. Daß bei dem geringen Verdienst die Arbeiter auch nicht für eine Woche für die erforderlichen Geldmittel sparen können, was während der Zeit der aufzunehmenden Arbeit davon zu leben, deshalb soll durch Abzug der Kosten den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, den Vorrat wieder einzuholen. Die

Mittagspause ist auf eine halbe Stunde gekürzt und abends soll bis 6.20 Uhr gearbeitet werden. Auf Wunsch der Arbeiter erklärt sich die Firma auch bereit, den Betrieb noch länger arbeiten zu lassen. Also in Überzeitarbeit, in längeren Pausen sollen die Arbeiter die Folgen niedriger Bezahlung wieder ausgleichen! Wenn darin die Weisheit der Herren Direktoren besteht, dann sind sie nicht zu beneiden. Verkürzung der Arbeitszeit tut den Arbeitern nur. Verlängerung der Arbeitszeit ist nur die Vorstufe neuen, später sich ergebenden Ungemachs. Vielleicht ist es der Perzeptionswunsch der Herren, statt der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit, die sie jetzt bringen, die elfstündige einzuführen, für Leute, die vielfach einen langen Weg von und nach der Arbeit zurücklegen, haben! Den Kolleginnen und Kollegen von Landesberg und Umgegend rufen wir zu: Organisiert euch. Dann kommt ihr in die Lage, Verlängerung der Arbeitszeit abwehren zu können, ihr könnt für eine bessere Bezahlung kämpfen und außerdem erhaltet ihr noch Jahresfrist Rechte auf die Gewährung der Gewerkschaften-Unterstützung, ganz abgesehen von den anderen Vorteilen, welche die Organisation euch noch bietet.

Leipzig. Die hiesigen Einzelmitglieder hielten am 11. Dezember im Volkshaus eine Versammlung ab, um die Wahl eines Lokalbeamten für die Verwaltung vorzunehmen. Kollege Schumann erstattete den Bericht der Prüfungskommission für die Wahl eines Beamten. Es sind sechs Bewerbungen eingegangen, zwei wurden, da sie den Anforderungen nicht genügten, zurückgewiesen. Bezüglich der übrigen Bewerbungen hat die Kommission beschlossen, drei der Einreicher zur engeren Wahl zu stellen, und zwar die Kollegen Bodenstein, Heßelbarth und Schönowski. Hierauf entspann sich eine lebhafte Debatte, ein Antrag, der bezweckte, daß die Bewerber einen mündlichen Bericht darüber geben sollten, wie sie die Geschäfte der Zählstelle zu leiten gedenken, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, die Arbeiten der Bewerber zu verlesen, wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Bei der hierauf folgenden Wahl wurden 184 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten Kollege Bodenstein 97, Kollege Heßelbarth 56 und Kollege Schönowski 30 Stimmen. Kollege Bodenstein ist somit als Beamter gewählt und nimmt die Wahl unter Dankworten an. Als Vertrauensmann wurde Kollege Heßelbarth, als Kassieren die Kollegen Bruno Paul, Ernst Schäfer und Albert Bruner gewählt.

Mittelheim a. Rhein. Die Sonntag, den 18. Dezember, abgehaltene Versammlung war gut besucht. Über das Thema: „Die Schlotbarone am Rhein und ihr Wohltätigkeitsfinanziertes Kollege Zener. Redner schilderte, wie der Zusammenlegungsprozess von Klein- zu Großbetrieben immer offener in die Erscheinung trete. Die großen Betriebe würden Abhängigkeit, diese schloffen sich wieder zu Ringen zusammen, bildeten den Arbeitern gegenüber eine gewaltige Macht. Daher sei es notwendig, daß die Arbeiter sich vereinigen. Durch die Vereinigung gelangten sie zu Macht und Stärke, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen beeinflussen zu können.

Preuß. Sonntag, den 11. Dezember, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Besuch gab zur Klage Veranlassung. Es sind eben immer noch zu viele Kollegen, die sich zu wenig um ihre Angelegenheiten kümmern, obwohl gerade die jetzigen Zeitverhältnisse es geradezu zur Notwendigkeit machen, daß jeder Verbandsgenosse es sich zur Pflicht macht, für den Verband zu wirken und zu streben in der Agitation und besonders auch in regem Versammlungsbetrieb. Wenn jetzt jeder Kollege seine Pflicht und Schuldigkeit tut, dann wird und muß es erreicht werden, daß unsere Zählstelle an Mitgliedern gewinnt. Den Angriffen, die am Orte auf unsere Mitglieder gemacht werden von anderen Organisationen und die darauf hingielen, Kollegen, die jahrelang bei uns organisiert sind, in einen anderen Verband hinüber zu ziehen, kann nur durch festes Zusammenhalten entgegengetreten werden.

Rogheim. Sonntag, den 11. Dezember, tagte darüber eine öffentliche Arbeiter-Versammlung, welche infolge anderer Veranlassungen nur mäßig besucht war. Kollege Bernad referierte über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Jued und Nutzen der bestehenden Arbeiterorganisationen.“ Redner freilich in seinen einseitigen Ausführungen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, welche zurzeit eine trostlose sei. Nur der allgemeine Anschlag der Arbeiter an die Organisation könne eine Besserung herbeiführen. In der sich anschließenden Diskussion ergänzte Kollege Forthuber teilweise die Ausführungen des Referenten, ferner sprachen noch einige Mitglieder der Metallarbeiter-Verbandes, sowie Kollege Gutjahr von Bodenheim, welcher die Leitung der Zählstelle Frankenthal eruchte, in ihrer Agitationsarbeit nicht erlahmen zu wollen, da in den Orten Rogheim-Bodenheim noch ein großes Feld für unsere Organisation zu beackern sei, namentlich müßte es unsere Aufgabe sein, die in beiden Orten zahlreich vertretenen Arbeiter des Majors Gpl für unsere Organisation zu gewinnen.

Schwedt. In einer öffentlichen Versammlung redete Kollege Bennwitz über das Thema: „Wie erhalten und wehren wir die Mitglieder des Verbandes.“ Redner schilderte die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit, welche die Kollegen bedrohe, und das Elend, welches aus der Arbeitslosigkeit erwachse. Jeder Kollege habe durch Erwerbung der Mitgliedschaft in unserem Verbands die Möglichkeit, sich gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit zu sichern. Gegen die Bedeutung, welche unsere Organisation durch Einführung der Gewerkschaften-Unterstützung erhalten hat, fallen alle Gewerkschaften der gleichgültigen Kollegen platt zur Erde. Jedem denkende Kollege muß in seinem Interesse, aus Rücksicht auf seine Familie der Organisation sich anschließen, um sich neben dem anderen Gewinn, den die Organisation ihm bringt, sich auch gegen die Arbeitslosigkeit zu sichern. Wer das als Arbeiter nicht tut, der handelt pflichtvergeßlich und töricht. Ständen nicht so viele Kolleginnen und Kollegen der Organisation fern, dann hätte es kein Unternehmern wagen können, die Unterstützung des Lohnzuges abzuschaffen zu lassen, sondern dann wären wir im Stande, die Tarife allen Unternehmern zu unterbreiten und auch ihre Einführung zu erzwingen. Ihr Kollegen von Schwedt, bekennt euch auf eure Pflicht und werdet Mitglieder des Verbandes.

Zwickau. Am 4. Dezember tagte im „Branfchlöcher“ zu Zwickau eine öffentliche Versammlung der Schneidemühlener Arbeiter. Kollegin Badwig aus Dresden referierte über die Lage der Schneidemühlener Arbeiter. Wie alle Arbeiter ausgenutzt und ausgebeutet würden und unter Mithänden zu leiden hätten, so auch die Arbeiter in den Schneidemühlern. Da müsse eine Organisation angestrebt werden, welche die Mehrzahl der Kollegen umfasse. Aufgabe der Organisation müsse fern Befreiung der Mithände, Einführung von Tarifen, in welchen die Lohnzahlung eine gerechte Regelung erlange. In der Diskussion sprach Kollege Geymann über die lange Arbeitszeit, die im Sommer oft von früh 5 Uhr bis abends 9 und 10 Uhr dauere. Dagegen sei im Winter nur von 8 bis 4 Uhr Arbeit vorhanden, oft müsse mehrere Tage und wochenlang überhump: gefeiert werden. Die Bezahlung sei in den letzten Jahren zurückgegangen. Der durchschnittliche Lohn betrage im Sommer 2,70 Mark. Dieser werde dann aber im Afford unter großer Anstrengung verdient. Die gezahlten Stundenlöhne seien auf drei Schneidemühlern in Zwickau niedriger, wie in allen anderen Betrieben. Auf allen Schneidemühlern seien besondere Klagen zum Ausdruck der Arbeiter nicht vorhanden, vielmehr müßten die meisten Arbeiter in der Mannschafsstube getrocknet werden. Zum Vorteil für die Gesundheitszustand sei dies absolut nicht. Auch die Reinlichkeit werde ungenügend dadurch beeinflusst, werde diese Stufe doch abgedreht nur alle zwei Wochen einmal gefeiert, aufgesaugen werde sie überhaupt nicht. Bedarf es bei solchen Zuständen eigentlich

noch einer Aufforderung an die Arbeiter, daß sie sich organisieren?

Zur Beachtung!

Ueber den Beginn mit der Auszahlung der Gewerkschaften-Unterstützung scheint unter unseren Kollegen Unklarheit zu herrschen, das beweisen die vielen einlaufenden Anfragen auf Gewährung von Ortsunterstützung, daher diene allen Verbandsmitgliedern zur Nachricht, daß die Unterstützung erst vom 1. Oktober 1905 ab zur Auszahlung kommt.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 21. Dezember folgende Beträge ein:
Hannover I 250.—, Gotha 200.—, Rheinfelden 61,30, Bitten 1 1300.—, Friedberg 9,75, Wandsbek 31,20, Dresden 500.—, Ober-Schönweide 300.—, Einzel-Mitglieder 170,65, Lübeck 1028,80, Witten 600.—, Könnig 15,34, Merseburg 3.—, Schopfheim 9,00, Radeburg 100.—, Mißbach 39,61, Ottenen 152,60, Schmiedeberg, Weg. Halle, 20,15, Freital 18,28, Gamburg 1564,46, Markranstädt 613,46, Postabonnament 9,76, Gamburg 800.—, Oppau 118,47, Dietzheim 149,22, Wittenburg 155,08, Köthen 126.—, Wittenberge 143,05, Leipzig W. 618,81, Langermünde 250,19, Sandhofen 12,48, Leberhausen 5,65,
Schluß: Dienstag, den 3. Januar, mittags 12 Uhr.

Die Zählstelle Hannover erhebt unter Zustimmung des Vorstandes ab 1. Januar 1905 einen Ortsbeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Das Buch 83 566, aufgestellt am 4. 10. 03, lautend auf den Namen Karl Döring, geboren am 20. September 1847 zu Hohen-Bühnen (Kreis Königsberg), ist anzuhalten und abzugeben. Der Vorzeiger ist nicht Eigentümer des Buches, sondern hat es bei seinem Vater entwendet.
Das Buch 23 910, auf den Namen Max Schulz aus Angermünde, ist dem Vorzeiger abgenommen und an uns einzulösen. Max Schulz ist aus dem Zentralverein deutscher Schuhmacher auf Grund des § 8, Abs. c, ausgeschlossen und darf da auf keinen Fall mehr aufgenommen werden. Seine Aufnahme in unseren Verband hat er unter falschen Angaben in Radeburg erwirkt.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Düffeldorf. Das Reisegeld wird mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr bei Paul Wittau, Gmraichstraße 48, ausgezahlt.
Glauchau. Vertrauensmann August Wilhelm, Jägerstraße 10. I.
Holenberg. Wilhelm Müller III.
Jehoe. Peter Wenz, Fischerstraße 7.
Landesberg a. d. Weite. G. Käuiger, Rieg 2.
Landshut. Reisegeld wird ausgezahlt bei Kaver Biehardt in Berg, oberh. Landshut.
Leipzig. D. Bodenstein, Stadt Gotha, Fleischergasse 14.
Wommersdorf. Emil Pirch, Alleestraße 15.
Wandsberg. Reisegeld wird ausgezahlt bei S. B. B. Baronstraße 5.
Schopfheim i. W. Albert Säger, Wehrstr. 8a (Baden). Reisegeld wird ausgezahlt: im Winter von 7 1/2 Uhr abends, im Sommer von 6 1/2 Uhr abends im „Gasthaus zum Löwen“.
Witten. Paul Klein, Friedrichstraße 27.
Wurzen. Die Auszahlung des Reisegeldes erfolgt beim Kollegen Aug. Horn, Langestraße 6.

Inserate.

Einen Geschäftsführer

Sucht zum 1. Februar die Zählstelle Magdeburg. Die Einstellung erfolgt auf Grund der vom letzten Verbandstag festgesetzten Bedingungen. Die Bewerber müssen Verbandsmitglieder sein. Sie haben, außer der Einreichung ihres Lebenslaufes, eine schriftliche Arbeit über: „Die innere Leitung und zweckmäßige Verwaltung einer Zählstelle“ einzureichen. Die Arbeiten sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 18. Januar 1905 an den Unterzeichneten einzuliefern.
Ernst Grossmann,
1,80 Mk.] Magdeburg, Fabrikstraße 5/6.

Zählstelle Hannover und Umgegend.

Alle Zeitschriften und Sendungen sind an unsere Geschäftsstelle: Hannover, Ballhofstraße 17, L, unter der Adresse G. D. O. L. zu richten.
1,75 Mk.]

Achtung!

Einzelmitglieder Leipzigs.

Wir bringen den Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Bureau vom 1. Januar 1905 ab in Leipzig, Große Fleischergasse 14, l. e. („Stadt Gotha“) befindet. Dasselbe ist geöffnet an den Wochentagen von 9—11 Uhr vormittags und von 4—8 Uhr nachmittags. Dasselbe befindet sich auch das Verkehrsbüro, wofür die Auszahlung des Reisegeldes erfolgt.
Alle Korrespondenzen und Sendungen sind zu richten an das Bureau des Verbandes der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Leipzig, Große Fleischergasse 14, („Stadt Gotha“).
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zählstelle Neumünster.

Sonntag, den 8. Januar 1905, Mitglieder-Versammlung bei Kellermann, Bismarckstraße 7. Da für wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen der Mitglieder notwendig.
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zählstelle Rendsburg.

Sonntag, den 14. Januar 1905, Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Vorstandswahl.
4. Wahl der Kartelldelegierten.
5. Beschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen bitten
1,80 Mk.] Der Vorstand.